

Auf die Straße am 1. Mai

DIE LINKE. Oberhavel ruft zur Teilnahme in Hennigsdorf auf

Der Kreisvorstand der LINKEN Oberhavel ruft seine Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten auf, sich an der traditionellen 1. Mai - Demonstration in Hennigsdorf zu beteiligen. „Wir haben eigens dafür ein Transparent angefertigt und wollen einen Block der LINKEN in der Demo bilden.“ so Kreisgeschäftsführer Ralf Wunderlich. Wie auch schon in den vergangenen Jahren, werden die Themen der gerechten Entlohnung und eine gute Rente wird Kernthemen der LINKEN sein. „Den Mindestlohn fordert DIE LINKE bereits seit 2005. Wir könnten also sagen: ‚Das haben wir ja schon immer gefordert!‘, machen wir aber nicht. Wir sagen,



Kämpfen statt leerer Wahlversprechen:

**Mindestlohn, gute Arbeit,
gute Rente!**

DIE LINKE.

den Mindestlohn wird es nur mit einer starken LINKEN im Bundestag geben. Eine solidarische Bürgerversicherung für eine gute Rente, die Abschaffung der Leiharbeit, die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr ebenso.“ so Wunderlich weiter. Gegen eine Demo der NPD in Berlin macht ein breites Bündnis mobil. „Die NPD plant für den 1. Mai einen Aufmarsch ‚mit großer Abschlusskundgebung‘ am S-Bahnhof Schöneweide im Berliner

Bezirk Treptow-Köpenick.“ heißt es im Aufruf. Unter dem Motto „Kommt nach vorne – Nazis blockieren! Erster Mai in Berlin – Nazifrei!“, ruft das Bündnis auf die Route zu blockieren. Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören unter anderem die Bundestagsabgeordneten der LINKEN Petra Pau und Thomas Nord. Am Vorabend findet in Berlin-Schöneweide ein Konzert statt. *RR*
Einzelheiten / Programme unter: www.gemeinsam-gegen-nazis.de

MitMach-Wochenende

LINKE startet mit Volldampf in den Wahlkampf



Abschlussfoto der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom MitMachwochenende in Neuendorf (Teschendorf) der LINKEN Oberhavel, mehr auf Seite 3 Foto: T. Wunderlich

Bescheide über Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II oder dem SGB XII genau prüfen

Es empfiehlt sich leider nach wie vor, dass die Adressaten der oben erwähnten Bescheide diese genau prüfen. Die Fehlerquote dieser Bescheide liegt weiterhin bei 30 Prozent.

Zu den häufigsten Fehlerquellen:

Die Bescheide sind bereits aus formalen Gründen falsch. So werden Aufhebungs- und Erstattungsbescheide erlassen, ohne dass die Betroffenen hierzu angehört wurden. Die Behörde hat ihr pflichtgemäßes Ermessen fehlerhaft ausgeübt.

Die Anrechnung von Einkünften ist fehlerhaft. Die Bereinigung der Einkünfte werden unzutreffend vorgenommen. Steuererstattungen stehen nach dem Gesetz beiden Eheleuten zur Hälfte zu und sind auch so zu berücksichtigen. Weist der ALG-II-Empfänger bei einem monatlichen

Einkommen über 400,00 Euro brutto nach, dass er höhere Werbungskosten als 100,00 Euro hat, so sind diese an Stelle des Grundfreibetrags zu gewähren.

Erhält ein ALG-II-Empfänger Aufwandsentschädigungen für gesellschaftliche Tätigkeiten, so beträgt der Grundfreibetrag ab dem 01.01.2013 200,00 Euro. Es werden nicht die zutreffenden Wohnkosten berücksichtigt. Jobcenter kürzen nach ihren Unterkunftsrichtlinien willkürlich die Leistungen für Unterkunft und Heizung, obwohl Ihnen die Rechtswidrigkeit ihrer Unterkunftsrichtlinien bekannt ist. Sie vertrauen darauf, nicht verklagt zu werden. Denn nur wer klagt, hat auch mehr Geld zu erwarten. Unter Berufung auf eine Entscheidung des BSG werden bei Ei-

genheimbesitzer und Besitzer von Eigentumswohnungen keinerlei Wohnkosten mehr übernommen. Diese sind nämlich nur dann zu übernehmen, wenn der Betroffene die Fälligkeit nachweist. Die Behörde hofft so, auch diese Wohnkosten einzusparen. Für die Betroffenen bedeutet dies, dass sie ihre Kreditzinsen nicht mehr zahlen können und mit zusätzlichen Mahnkosten konfrontiert werden, weil die Behörde selbst bei Nachweis dieser Kosten, sie erst Monate nach deren Geltendmachung erstattet. Wegen der weiter anhaltend hohen Fehlerquote der Bescheide kann der Unterzeichner nur empfehlen, dass die Bescheide genau geprüft werden. Im Landkreis Oberhavel geschieht dies beim Ein-Euro-Frühstück in der Geschäftsstelle der LINKEN. *M. Elte*

Wir dürfen nie vergessen!

DIE LINKE Glienicke gedachte der Opfer der Nazis

Vor 81 Jahren, am 9. April 1932, kontrollierten vier junge Glienicker Kommunisten die Wahlplakate der KPD anlässlich der am folgenden Tag stattfindenden Wahl des Reichspräsidenten in Deutschland, als der SA-Mann Jankowski den 23jährigen Gerhard Weiß an der Oranienburger Straße erschoss. Bekannterweise tauchte der Mörder in Ostpreußen unter, ging straffrei aus und wurde sogar in den NS-Polizeidienst übernommen. Dem Ermordeten zu Ehren hieß der heutige Friedrich-Wegner-Platz zu DDR-Zeiten Gerhard-Weiß-Platz.

Am Gedenkstein für Gerhard Weiß trafen sich am 9. April 2013 Vertreter der Glienicker LINKEN,

um zu Ehren des Toten Blumen niederzulegen. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Gemeindevertretung, Ernst Günter Giessmann, begrüßte besonders herzlich den Neffen von Werner Hellige, welcher 1935 mit einer Aufsehererregenden illegalen Plakatierungsaktion an Gerhard Weiß erinnert hatte und von den Nazis zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Prof. Dr. Giessmann gedachte in seiner Ansprache neben Gerhard Weiß auch stellvertretend des Schriftstellers Adam Kuckhoff, des Mathematikers Felix Hausdorff, des Arztes Janusz Korczak, des Pfarrers Paul Schneider, des Sportlers Werner Seelenbinder, des Publizisten Carl

von Ossietzky, des Handwerkers Georg Elser, des Sozialisten Rudolf Breitscheid und des Kommunisten Ernst Thälmann.

Wie schon damals gibt es auch heute, so Giessmann, mit Blick auf die Terrormorde des NSU Tendenzen der Vertuschung, der Verschleppung der Ermittlungen, des Wegsehens und der Gleichgültigkeit gegenüber der realen Gefahr, die von den Rechtsradikalen ausgeht. „Es ist nicht Dummheit, die man nicht verbieten kann, der Rechtsradikalismus ist eine reale Gefahr, die nicht dadurch geringer wird, dass man sie ignoriert“.

*Für den Ortsverband der LINKEN
von Holger Czitrich-Stahl*

Mit Volldampf in den Wahlkampf

Ein Wochenende voller Workshops und viel Spaß dabei

Mit kreativen bunten Ideen wird DIE LINKE Oberhavel in den Bundestagswahlkampf starten.

In Neuendorf nahe Teschendorf trafen sich am letzten Wochenende im März knapp 40 Linksaktivisten um den Wahlkampf in Oberhavel vorzubereiten. Zum Einheizen hatten sie sich den Brandenburger Finanzminister Helmuth Markov eingeladen. In einem Schwenk durch Landes-, Bundes- und Europapolitik brachte er sein ganzes Repertoire. Er machte dabei klar, dass linke Politik bedeutet, alle Politikfelder miteinander zu verbinden. Harald Petzold, Bundestagsdirektkandidat, setzte an dieser Stelle lückenlos fort. Mit diesem roten Faden in der Hand, gingen die Teilnehmerinnen in die zahlreichen



Günter Pioch beim Eingangsstatement für den Workshop zum Leitbild. Ko-Moderatorin war Gerrit Große. Fotos (2): T. Wunderlich

Workshops des Wochenendes. Ob der letzte Feinschliff an der Rhetorik, der Umgang mit neuen Medien oder das Mixen des leckersten Cocktails, für jeden war das Pas-

sende dabei. „Besonders der Straßentheaterworkshop mit Gerrit Große war einfach eine Wucht.“, schildert Erich Friedemann im Anschluss. Wie bei LINKEN üblich, war auch das Miteinander am Abend ein echtes Erlebnis. Die Sammlung der Ergebnisse soll euch mit dem vorhandenen Foto-protokoll zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte mich für die tatkräftige Unterstützung bei der Organisation und Durchführung bei den Genossinnen Regina Friedemann und Sophie Friese sowie beim Genossen Enrico Rossius bedanken. Ein Anschlussworkshop ist auch schon geplant, am 9. Juni werden wir in der Kreisgeschäftsstelle das sichere Gespräch führen üben. Für diesen Termin gibt es noch freie Plätze. Interessenten melden sich bitte bei mir bis zum 20. Mai an.

Ralf Wunderlich
Kreisgeschäftsführer



Harald Petzold, Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 58, bringt die ersten Diskussionsergebnisse aus dem Workshop zum Wahlprogramm zu Papier.

Aus dem Kreistag

Unterrichtsausfall an Oberhaveler Schulen war Thema

Im Kreistag Oberhavel ist Bildung immer wieder eines der zentralen politischen Themen. Mit dem Thema schulische Bildung versuchen so manche politisch zu punkten. In Wahlkampfzeiten ist das besonders beliebt. Das trifft auch für unseren Kreistag zu. Was liegt an? In den Schulen Oberhavel fällt Unterricht aus. Für das Land Brandenburg spricht das Bildungsministerium von durchschnittlich zwei Prozent der Unterrichtsstunden, die ersatzlos ausfallen, mancherorts sind es auch schon einmal sechs oder gar zehn Prozent. Die Schülerinnen und Schüler freuen es oft, die Eltern freuen es weniger. Und das zu Recht, da wir nicht nur eine Schulpflicht haben. Es gibt auch ein Recht auf Unterricht. Deshalb gibt es eine Vertretungsreserve in Höhe von drei Prozent zusätzlich zu den regulären 100 Prozent Personalausstattung. Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich Frau Ministerin Münch (SPD) für eine erkennbar bessere Personalausstattung der Schulen stark machte.

Die Gründe für den Unterrichtsausfall sind vielfältig: Fortbildungen, Studientage, Klassenfahrten oder kurzfristige Erkrankungen der Lehrkräfte können dazu führen, dass Unterrichtsstunden fachfremd vertreten werden. Nicht für jedes Unterrichtsfach stehen qualifizierte Vertretungslehrkräfte zur Verfügung. Einzelnen Kindern zustehende Förderstunden finden nicht statt, weil der Klassenunterricht Vorrang hat. Jede nicht regulär erteilte Unterrichtsstunde

wird in der Ausfallstatistik geführt, auch wenn Unterricht stattfand.

Viele Stunden fallen ersatzlos aus, wenn es keine Vertretungsmöglichkeit mehr an der Schule gibt. Der wesentliche Grund dafür ist die große Zahl der langzeitkranken Lehrkräfte. Wie in allen Bundesländern liegt auch in Brandenburg das durchschnittliche Alter der Lehrerinnen und Lehrer um die 50 Lebensjahre. Anstatt jüngere Lehrkräfte einzustellen, ist die Unterrichtsverpflichtung/ Unterrichtsbelastung in den vergangenen Jahrzehnten erhöht worden. Es gab nicht genügend Referendarsplätze, Sonderpädagogik ist somit - ebenso wie Physik, Englisch und Musik - ein Mangelfach geworden. Diese Politik rächt sich nun. Den Preis dafür bezahlen die Lehrkräfte mit ihrer Gesundheit und für die Kinder und Jugendlichen bedeutet es Unterrichtsausfall.

In der Koalitionsvereinbarung einigten sich SPD und DIE LINKE auf 1250 Lehrerstellen für die laufende Legislaturperiode. DIE LINKE möchte dem SPD-geführten Bildungsministerium weitere 750 Stellen abtrotzen, um den Bedarf vollständig zu decken.

Nun beantragt die Kreistagsfraktion der FDP „200.000 Euro zur Finanzierung eines Lehrer-Ersatz-Pools zur Verfügung (...) stellen und einen kommunalen Pool von Ersatzlehrern für die weiterführenden in Kreisträgerschaft befindlichen Schulen nach dem Vorbild in Kleinmachnow und

Teltow zum Schuljahr 2013/2014 einrichten“.

Lehrerinnen und Lehrer sind Landesbeschäftigte; die Zuständigkeit und politische Verantwortung liegt beim Bildungsministerium (SPD). Wider besseren Wissens soll nach dem Willen der FDP der Landkreis zuständig für das pädagogische Personal werden. Woher die FDP die „Ersatzlehrer“ für den kommunalen Pool nehmen möchte, vorausgesetzt, sie möchte in den oben genannten Mangelfächern vollständig ausgebildete Lehrkräfte einstellen, verrät sie nicht. Der Verweis auf die pensionierten Lehrkräfte zeigt, wie schlecht die Fraktion der FDP Bescheid weiß. Pensionäre dürfen nicht unbegrenzt dazu verdienen, wenn sie nicht Abzüge von ihrer Pension hinnehmen wollen. Oder möchte die FDP, dass ehrenamtlich, also ohne Bezahlung Unterricht erteilt wird? Die geforderten 200.000 Euro verraten uns aber, welches schlechte Spiel mit diesem Antrag gespielt werden könnte. Lediglich vier (!) Vollzeitstellen sind davon zu finanzieren. Die Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf qualifizierten Unterricht, der von qualifizierten Lehrkräften gegeben wird, die wiederum ein Recht auf eine ihrer Ausbildung entsprechende Bezahlung haben. Gute Arbeit für schlechte Bezahlung gibt es mit den Stimmen der LINKEN im Kreistag Oberhavel nicht.

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite!

Begabtenförderung geht anders

LINKE lehnt Leistungs- und Begabtenklassen ab

Mit einem weiteren Antrag möchte die FDP-Fraktion „den Landrat beauftragen, beim zuständigen Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg die Einrichtung von zwei Leistungs- und Begabungsklassen (LuBK) zum Schuljahr 2014/2015 im Landkreis Oberhavel zu beantragen“. Wissen die Kollegen der FDP nicht, dass gemäß Brandenburgischem Schulgesetz die Einrichtung solcher Klassen an bis zu 35 Schulstandorten in öffentlicher und anteilig in freier Trägerschaft möglich ist und es bereits genau 35 Standorte gibt? Schon damit läuft dieser Antrag völlig ins Leere.

Mit den Stimmen der LINKEN hatte sich Mehrheit der Kreistagsabgeordneten seinerzeit für diesen Weg entschieden. Die Schulen in

Oberhavel, ob in Trägerschaft der Kommune oder des Landkreises, können vom Staatlichen Schulamt bewilligte Konzepte zur Leistungs- und Begabungsförderung durchführen, ohne eigens dafür eingerichtete Leistungs- und Begabungsklassen. Leider machen zu wenige Schulen Gebrauch davon. Vielleicht fehlen den Kommunen die Gelder für die vorgeschriebene Ko-Finanzierung der Projekte? Unsere Kreistagsfraktion wird nach Möglichkeiten suchen, die vorhandenen Finanzmittel für die Leistungs- und Begabungsförderung im Interesse der Kinder und Jugendlichen voll auszuschöpfen. DIE LINKE ist keineswegs leistungs- und begabungsfeindlich. Wir machen uns stark für eine Schule, in der jedes Kind und jede/jeder Jugendliche entspre-

chend der eigenen Neigungen und Möglichkeiten gefordert und gefördert wird. Dies ist eine Schule für Alle, sie schließt auch die von der UN geforderte Inklusion ein. Noch im Februar machte sich auch die FDP-Fraktion stark für die Inklusive Schule. Den betreffenden Antrag suchen wir für die kommende Sitzung des Kreistages jedoch vergeblich. Hat die FDP den Widerspruch zwischen Auslese, also dem Trennen der Schülerinnen und Schüler in „leistungsstarke“ und „leistungsschwache“, und Inklusion bemerkt? Egal, beiden Anträgen fehlt die Substanz, sie scheinen eher Wahlkampfgeklapper zu sein.

Die Bundestagswahlen werfen wohl ihre Schatten voraus.

Bärbel Lange

Kurzinfo von der Landesausschuss-Sitzung am 13.04.2013

Die aktuellen Umfrageergebnisse wurden vorgestellt. Sie enthalten aussagekräftige Zahlen, die für die Wahlkampfzubereitung nutzbar sind und teilweise veröffentlicht wurden. „Nur 41 Prozent der Brandenburger kennen Rot/Rot als Regierungsmehrheit Brandenburgs.“, so Gunter Züge in seiner Zusammenfassung. Weiter teilt er mit, dass die Wahlkampfzubereitung im vollen Gange ist und ein Fahrplan für die nächsten 24 Monate vorgestellt wurde. Dieser enthält viele Termine, wie zum Beispiel die 3. Tagung des Landesparteitages am 19. und 20.10.2013,

die Regionalkonferenzen im November 2013, die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl und die Wahl des Landesvorstandes. Die Information des Landesvorstandes zur Bilanz der Regierung und Fraktion erfolgt u.a. mittels Einleger im Bundesmitgliedermagazin Ende April.

In der Kurzinfo zur Parteireform wurde deutlich, dass einige der Projekte bereits erledigt sind, aber in mehreren Projekten sind wir an unsere Grenzen gestoßen. Die Kommunikation in und zwischen den Kreisverbänden muss weiter verbessert werden. Weite-

re Tagesordnungspunkte waren die Information zu den Schwerpunkten der Satzungsänderung, die Kommunalreform und das Kommunalabgabengesetz. Letzteres muss im Punkt „Abwassergebühren/ Altanschießer“ an die aktuelle Rechtsprechung angepasst werden. Als wichtige Termine wurden für den 29.06. die Frauenkonferenz der LAG „Linke Frauen“ und der 31.08. für das Pressefest der kleinen Zeitungen im Rahmen des Strausberger Friedensfestes genannt. Wir danken Gunter Züge für die Informationen aus dem Landesausschuss. RR

Eine Reise durch Stalins Heimat

Gori – letzte Station meiner fast 1.000 km langen Rundreise durch Georgien. Ich steige aus dem Zug, gehe in die menschenleere Bahnhofshalle, die als stumme Zeugin einer besseren Zeit in der tristen Umgebung steht. Dies ist also die Geburtsstadt Joseph Dschugashwili, der als Joseph Stalin in die Geschichte einging. Hier steht sein Geburtshaus, überbaut von einem tempelartigen Gebäude, umgeben vom Stalin-Museum. Vor dem Museum ist ein tiefer Krater im Boden, aus dem Stahl-Beton-Streben herausragen. Vor einigen Jahren wurde das Denkmal Stalins in einer unangekündigten nächtlichen Aktion aus dem Boden gerissen. Das dabei entstandene Loch wurde nie geschlossen und klafft nun wie eine offene Wunde im Herzen der Stadt. Natürlich weiß man auch in Gori um die die Verbrechen und

Gräueltaten, die zu Stalins Zeiten begangen wurden. Und dennoch bleibt er der berühmteste Sohn dieser Stadt, kaum ein Tourist hätte sich je hierhin verirrt, gäbe es nicht das Stalin-Museum.

Die Führung durch das Museum beginnt, die Museumsangestellte führt uns durch die einzelnen Ausstellungsräume. Große Hallen mit Bildern und Texten von und über Stalin – originalgetreu erhalten; im Stile der alten Sowjetunion. Es folgt ein kleinerer Raum, der mit Möbeln aus Stalins Arbeitszimmer bestückt ist. In einer Vitrine sind persönliche Gegenstände Stalins ausgestellt. Mein Blick fällt auf ein kleines Holzkästchen, das mit purpurrotem Samt ausgelegt ist. Darin befinden sich kleine Steine. Daneben steht ein Schild, auf dem es heißt: „Stones from a concentration camp Zaksenkhauzen where J. Stalin's son Jacob was



Jakow Dschugashwili

shot“ (dt. Steine aus dem KZ Sachsenhausen, wo Stalins Sohn Jacob erschossen wurde). Ein seltsames Gefühl überkommt mich. Zu wenig wusste ich bisher über Stalins Familie; nie hatte ich davon gehört, dass sein Sohn in Sachsenhausen erschossen wurde.

Wer war Jakob Dschugashwili?

Ein Beitrag von Holger Czitrich-Stahl und Dr. Stefan Kurella

Am 22. Juni 1941 überfielen die Truppen der faschistischen deutschen Wehrmacht die Sowjetunion. Bereits vier Wochen später geriet der Sohn Josef Stalins, Jakob Jossifowitsch Dschugashwili, in deutsche Gefangenschaft. Nach der Aufgabe von Witebsk, der Stadt Marc Chagalls, durch die Rote Armee musste sich auch das von Jakob Dschugashwili be-



Geburtshaus von Josef Wissarionowitsch Stalin, heute ein Museum

Fotos S. 6 (2) und S. 7 (1) Lukas Lüdtkke

Reisebericht von Lukas Lüdtkke

fehlige 14. Haubitzen-Regiment eilig zurückziehen. Dabei geriet es unter offenbar furchtbaren Flugzeugbeschuss bei Jarzewo. Seitdem galt Jakow Dschugashwili zunächst als vermisst. Doch spätestens seit dem 18. Juli 1941 befand er sich in der Gefangenschaft der Wehrmacht. Nach zahlreichen Verhören begann eine Odyssee des Gefangenen, die von Hammelburg in Franken über Lübeck ins KZ Sachsenhausen führte.

Das wissenschaftlich nicht zu klärende Problem besteht in der Beantwortung der Frage, ob sich Stalins Sohn der Wehrmacht ergeben hat oder nach Kampfhandlungen aufgegriffen und gefangengenommen wurde. Im militärischen Eid der Roten Armee von 1940 hieß es: „Eine Gefangengebe an den Feind ist Vaterlandsverrat“, wie der „Spiegel“ vom 9.2.2013 zitierte. Demnach hätte Dschugashwili bis zum Tode kämpfen oder sich erschießen müssen.

Am 14. April 1943 starb Jakow Dschugashwili im KZ Sachsenhausen. Unklar bleiben auch heute noch die Umstände seines Todes. Er sprang aus dem Fenster der Baracke 3 des „Sonderlagers A“ für prominente Häftlinge und lief auf den Hochspannungszaun zu. Dabei soll er den wachhabenden SS-Posten zugerufen haben „Erschießen Sie mich!“. Doch erst als Dschugashwili den todbringenden Zaun erreichte, schoss der Wachposten. Der ihn ereilende Kopfschuss traf vermutlich einen bereits Toten. Da die Leiche aber umgehend eingeäschert wurde und die Urne verschwand, muss auch hier die Antwort offen blei-



„Stones from a concentration camp Zaksenkhausen where J. Stalin's son Jacob was shot“ (dt. Steine aus dem KZ Sachsenhausen, wo Stalins Sohn Jacob erschossen wurde)

ben. Nach Augenzeugenberichten jedoch litt Jakow Dschugashwili an schweren Depressionen. Sein Leben war stark durch seinen Vater geprägt, der ihn für einen Versager hielt. Seine Mutter starb, als er zwei Jahre alt war. Ihn erzog fern von Moskau, in Tbilissi (Tiflis), seine Tante Alexandra Svanidse. Als er mit etwa 14 Jahren nach Moskau kam, behandelte ihn Stalin stiefväterlich kühl. Gerade deshalb - um dem gleichgültigen Vater zu gefallen - wurde er, von Beruf Elektroingenieur und trat früh als Berufsoffizier in die Rote Armee ein. Stalin war eisern - es gab keinerlei Privilegien für seine drei Kinder. Das Angebot der Nazis, seinen Sohn gegen den in Stalingrad gefangen genommenen Generalfeldmarschall Friedrich Paulus auszutauschen, lehnte er

mit der Begründung ab: „Ich tausche keinen Soldaten gegen einen General - was soll ich den Vätern anderer Soldaten sagen?“

Unterlagen des State Department, also des US-Außenministeriums, sprechen von einem dem Selbstmord gleichkommenden Tod. Stalins Haltung zu seinem Sohn blieb auch nach dessen Tod ambivalent. Vielleicht änderte Stalin im Lauf der Jahre seine Meinung über seinen Sohn. Die Steine aus Sachsenhausen, die er in seinem Arbeitszimmer aufbewahrte, lassen dies zumindest vermuten. In jedem Fall war das Leben des Jakow Dschugashwili, der mit nur 36 Jahren in unserer Nachbarschaft sein Leben verlor, eine persönliche Tragödie, die heute, 70 Jahre später, leider weitgehend vergessen ist.

Termine

- ▶ **01. Mai 2013 ab 9.30 Uhr** Demo in Hennigsdorf (Einzelheiten siehe Beilage Kreininfo 3-2013)
- ▶ **15.05.2013 um 18.00 Uhr** Podiumsdiskussion mit Bernd Riexinger und den Bundestagskandidaten Diana Golze, Kirsten Tackmann und Harald Petzold in der Aula der Otto-Lilienthal-Grundschule in Wustermark Hamburger Str. 8.
- ▶ **16.05.2013 18.30 Uhr** Fraktionssitzung LINKE im Kreistag Oberhavel in der Bernauer Straße 71 in Oranienburg
- ▶ **21.05.2013 14.00 Uhr** Diskussionsrunde der AG Senioren zu Lenin, was hat er uns heute noch zu sagen? In der Bernauer Straße 71 in Oranienburg
- ▶ **22.05.2013 19.00 Uhr** Gründung AG Antifa siehe unten
- ▶ **24.05.2013 um 19.00 Uhr** Filmzeit bei der LINKEN Rosa Luxemburg (BRD 1985) von Margarethe von Trotta mit Barbara Sukowa, Daniel Olbrychski, Doris Schade, Otto Sander, Hannes Jaenicke und Adelheid Arndt

Einladung

Die konstituierende Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus in der Linken Oberhavel“ findet am

- ▶ **22.05.2013, um 19 Uhr, in der Geschäftsstelle in der Bernauer Straße 71 in Oranienburg** statt. Das Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist eine Verstärkung des antifaschistischen Profils der Linken nach Außen und Innen. In Zukunft werden wir öffentliche Veranstaltungen organisieren und unterstützen sowie Seminare für Mitglieder der LINKEN Oberhavel anbieten. Auch die Teilnahme Linker Kräfte an zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen soll hier koordiniert werden. Wir würden uns freuen, wenn die Teilnehmer/-innen aus verschiedenen Orten kommen und in der AG mitarbeiten.

Wir gratulieren!

Wir gratulieren allen Geburtstagskindern im April.

Geburtstagsgrüße gehen zum:
50. an Jörg Hildebrandt nach Hennigsdorf; **60.** an Winfried Winkler nach Fürstenberg und an Michael Unrath nach Velten; **70.** an Jürgen Heyde nach Oranienburg; **80.** an Ingeburg Waitschies nach Oranienburg und an Ilse Schrade nach Hohen Neuendorf; **83.** an Erika Steinbach nach Oranienburg; **87.** an Inge Steinel nach Hohen Neuendorf; **89.** an Anni Kube nach Löwenberger Land; **89.** an Gerhard Blum nach Potsdam; **91.** an Ilse Schebesta nach Bergfelde und an Werner Dietrich nach Großwoltersdorf und an Ursula Bauer nach Bergfelde; **92.** an Walter Georgi nach Oranienburg; **93.** an Charlotte Detlefs nach Oranienburg;

Vorgemerkt!

- ▶ **30.05.2013 10.00 Uhr**
1-Euro-Frühstück zum Thema „Für eine neue Kultur des Alterns“ mit Birgit Wöllert (MdL) in den Räumen der LINKEN in der Bernauer Straße 71 in Oranienburg

Impressum / Kontakt

Die Kreisinfo ist eine Mitgliederinformation der Partei DIE LINKE in Oberhavel und wird herausgegeben von der Redaktion Rote Reporter beim Kreisvorstand.

V.i.S.d.P.: Gerrit Große / Satz: Ralf Wunderlich

Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare werden nicht gewährt. Die Redaktion behält sich die redaktionelle Überarbeitung und Kürzung vor. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 5. Mai 2013. Am 8. Mai 2013 trifft sich die AG Rote Reporter um 18.30 Uhr in der Geschäftsstelle Bernauer Str. 71 in Oranienburg.

Kontakt zur LINKEN in Oberhavel

Beiträge sind einzusenden an:
DIE LINKE. Oberhavel Redaktion
Rote Reporter Bernauer Straße 71
16515 Oranienburg
Email: kreisinfo@die-linke-ohv.de
Geschäftsstelle: 03301 20 09 90
Email: info@die-linke-ohv.de
Kreisgeschäftsführer: 0171 93 01 616
Email: geschaeftsfuehrer@die-linke-ohv.de
Im Internet ist unsere Mitgliederzeitschrift unter www.dielinke-oberhavel.de erhältlich.